

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Zeitungs“, „Die Kommunistin“, „Der Flugprolet“, „Die Rote Sigel“.
Gehört die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Permsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Nieder-Salzbrunn, Weikeln, Wäpfigerdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleumdung und Versammlungsbekanntgaben 5 Goldpfennig. — Kleinanzeigenpreis: Die Millimeterzeile 3gepaltene ober deren Raum im Text 50 Goldpfennig

Dienstag, 28. Oktober 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 5maligem Erscheinen monatlich 2,20 Reichsmark. wöchentl. 20 Pf. Einzeln. durch Straßenhändler u. Postämter. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postkonton. Breslau Nr. 21029 — Fernsprecher: Breslau, Ring 6837.

Alle Macht den Werttätigen!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Kleinbauern, Pächter, Siedler! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!

Am 7. Dezember soll Ihr neuer Reichstag wählbar sein. Der Dawes-Reichstag vom 4. Mai hat als einzige Tat die Auslieferung Deutschlands an die amerikanischen Bankiers vollbracht. Nach dem Willen der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, soll Ihr am 7. Dezember Ja sagen zur Durchführung des Dawes-Planes. Alle bürgerlichen Parteien, die Monarchisten und die Republikaner, die Deutschen Nationalen und die Sozialdemokraten sind einig in dem Willen:

Durchführung des Dawes-Entschlusses auf Eure Kosten, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Seit dem 29. August dem Tage der Annahme des Londoner Abkommens im Reichstage, streiten sich die bürgerlichen Parteien um die Ministerfessel. Einig in dem Willen, die Lasten des Dawes-Planes auf die Schultern der arbeitenden Massen zu legen, sind sie nur

uneinig über die Verteilung der Futterkrüppel und über die beste Art der Maschierung der schamlosen Ausplünderung der breiten Massen. Ein Teil der bürgerlichen Parteien glaubt, die Hilfe der Sozialdemokratie nicht mehr zu brauchen, ein anderer Teil stützt sich auf die Tatsache, daß die Sozialdemokratie zehn Jahre lang bei der Sicherung von „Ruhe und Ordnung“ trefflich geholfen hat und will auch ferner auf ihre aktive Mitwirkung bei der Durchführung des Slavenpaktes nicht verzichten.

Die Sozialdemokratische Partei

Kämpft um Ministerfessel und spekuliert darauf, daß Ihr die Erfahrungen seit 1914 vergessen habt. Denkt daran: an fast allen Regierungen nach dem November 1918 haben die Sozialdemokraten aktiv teilgenommen. Ohne die Hilfe der SPD, hätte die Bourgeoisie in Deutschland niemals so weit in Eurer Knechtung und Unterdrückung kommen können. Die SPD ist hungrig nach Ministerfellen, nach Regierungssitzen. Deswegen e. z. H. H. sie Euch, den arbeitenden Massen heute das Märchen, Ihr könnt ohne Kampf, lediglich durch sozialdemokratische Mitarbeit in der deutschen Republik gar herrlich leben. Euch schwächt sie von dem zukünftigen „Einblöck“ vor, der dieses Rezept durchführen soll. Demokraten, Zentrum und Volkspartei versichern aber um die Weite, daß sie eine Regierung der Mitte machen wollen. Am Koalitionssfähig zu bleiben, erzählt die SPD, ihren Freunden von den bürgerlichen Parteien, daß sie es mit dem Einblöck „nicht so ernst meint“.

Grundsätzlich bereit, auch mit den Deutschnationalen in eine Regierung zu gehen, kommt es der SPD, bei diesem Wahlkampf nur darauf an, so viel Mandate zu ergattern, daß sie wieder Ministerfessel kriegen kann.

Die SPD richtet ihre Hauptfront gegen die Kommunisten, weil sie ihre Schiedungen im Parlament möglichst ungehindert von der Stimme der Kommunisten, der einzigen Arbeiterpartei, durchführen will.

Die Deutschnationalen sind das getreue Spiegelbild der Sozialdemokraten. Mit ihrer „grundsätzlichen Ablehnung“ der Verfassung Deutschlands haben sie diese Arbeiterstimmen am 4. Mai erhalten. Für Ministerfelle verkaufen auch sie Ihre „nationale Gesinnung“ bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze. Die Deutschnationalen wollen in die Regierung, um ihren Anteil an der Ausbeutung Deutschlands durch eine feste Regierung zu sichern.

Die Deutschbolschewiken sind in allen Fragen der wirtschaftlichen Ausbeutung mit allen übrigen bürgerlichen Parteien gegen die Arbeitermassen, gegen die Angestellten, Beamten, gegen den Mittelstand aufmarschiert. Sie predigen den imperialistischen Weltkrieg, und die deutsche Industrie, die weiß, daß sie nur in der Zwischenmeisterrolle für den ausländischen Ausbeuter ihren Profitanteil erhalten kann, schließt die Phantasten beiseite.

Das Zentrum, das im Rheinland und in Oberschlesien einen katholischen Sozialisten vorstellt, schließt sich der imperialistischen Front gegen die Arbeiterklasse würdig an.

Gegen den Achtstundentag, gegen höhere Löhne, gegen die Annahme der proletarischen Befragenen kämpfen die Zentrumsi-ndustriellen gleichfalls für die stabile Regierung, die die Profitrate garantiert.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Kleinbauern, Pächter und Siedler! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!

Durchschaut den neuen ungeheuren Volksbetrug aller bürgerlichen Parteien und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer. Wenn die Pazifisten vom Frieden reden, dann meinen sie Krieg; das zeigen Euch China und die neue Heze gegen Sowjetrußland.

Wenn die Bürgerlichen und Sozialdemokraten von „gerechter Lastenverteilung“ sprechen, dann meinen sie Abwälzung aller Lasten auf die Bestklosen; das zeigen Euch Eure Löhne und die wachsende Teuerung.

Alle bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen und der Volkspartei bis zu den Bolschewiken und den Sozialdemokraten, haben sich verbündet gegen die Arbeiterklasse und gegen die einzige Partei der arbeitenden Massen, gegen die Kommunistische Partei.

Die Aera der Demokratie, der Freiheit und des Friedens, die mit der Annahme des Dawes-Planes beginnen sollte, wird eingeleitet mit der Verfolgung der gesamten kommunistischen Reichstagsfraktion und der neuerlichen Verhaftung zahlreicher kommunistischer Funktionäre.

Werttätige Männer und Frauen! Warum trauert die Ausbeuterklasse nicht einmal während der Wahlen den Schreien der „Demokratie“? Warum wird die kommunistische Partei als einzige Partei des aufgelösten Reichstags mit solcher Hartnäckigkeit und Grausamkeit verfolgt?

Weil die Kommunistische Partei die Partei der arbeitenden Massen ist, weil sie jederzeit unerschütterlich und ohne jedes Schwanken innerhalb und außerhalb der Parlamente die Interessen der werttätigen Bevölkerung vertritt.

Weil die Kommunistische Partei die einzige Partei ist, die keinen Frieden macht mit dem Kapitalismus,

die keiner Anteilnahme an einer bürgerlichen Regierung, die keiner parlamentarischen Korruption, keiner parlamentarischen Besetzung, keiner parlamentarischen Verwässerung zugänglich ist.

Und weil alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie wissen, daß die furchtbaren Auswirkungen des Dawes-Entschlusses ihre reaktionierende Wirkung auf die breiten Massen ausüben werden, weil die Bourgeoisie und die Sozialdemokraten heraushaben, daß trotz aller

Schwindel-Stabilisierung,

trotz aller Friedensfanfaren, trotz allen Veredes von der schwarz-rot-goldenen Demokratie, die Verwüstung und Verfriedung Deutschlands auf schrecklichem Grund steht. Jeder Windstoß kann das Kartenhaus der Dawes-Pazifisten umstoßen.

Die SPD wird verfolgt, weil die Revolution in Deutschland lebt.

Die SPD wird verfolgt, um die Massen in den kommenden großen Kämpfen der Führung zu betäuben, um die Massen in der kommenden großen Glanz- und Hungerzeit des Dawes-Deutschland wehrlos und willenlos an die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition der Slavenhalter Morgans auszuliefern zu können.

„Politische und soziale Ruhe“ sind die Voraussetzungen der Verwirklichung des Dawes-Entschlusses. Damit auch Deutschland das große

Nationalzuchthaus

wird in dem kein Kuffel der Massen, keine Rebellion

der Unterdrückten die Totenruhe des Stabilisierungskurses auf Kosten der Werttätigen stört, soll der Einfluß der Kommunisten in den Massen durch Lügen und Verleumdungen, durch Terror und Verfolgungen zerstört werden.

Aber die Ausbeuter und ihre sozialdemokratischen Helfer haben die Rechnung ohne das Proletariat gemacht. Schon haben die Auswirkungen des Dawes-Entschlusses begonnen, den breiten Massen den Sinn der

Zuchthauswahlen 1924

Marzuzumachen. Die SPD, hat gegen den Dawes-Plan gestimmt, weil er die Eisenbahnen entrechtet, die nationale Selbständigkeit Deutschlands zerstört, indem er die Banken, die Industrie, die Eisenbahnen in die Hände einer internationalen Finanzliquide ausliefert.

Die SPD, hat gegen den Dawesplan gestimmt, weil er für die Millionen Arbeiter, Angestellten, weil er für die Hunderttausende Kleinbauern Verewigung des sozialen Elends, Hunger, Not, soziale und politische Entrechtung und Knechtung bedeutet.

Dem Plan des amerikanischen Finanzkapitals, der Kolonisierung Deutschlands, steht die SPD, entgegen dem Plan der wahren Sachverständigen, die allein berufen sind, über das Schicksal Deutschlands zu entscheiden.

Ihr Arbeiter in den Schächten, in den Gruben in den Fabriken, und Ihr Werttätigen auf den Feldern, Ihr ausgeplünderten Angestellten und kleinen Beamten in den Kontoren, Ihr von der Hungerstabilisierung schwer bedrückten arbeitenden Frauen — Ihr seid die wahren Sachverständigen: Ihr müßt das Urteil sprechen:

Anstatt Eisenbahnen, Banken, Fabriken und Bergwerke in die Hände des internationalen Finanzkapitals auszuliefern, nehmt Gruben, Bergwerke und Fabriken, Eisenbahnen und Banken in Eure eigenen Hände und verwaltet sie durch das werttätige Volk für das werttätige Volk.

An Stelle der Kolonisierung Deutschlands setzt die Sozialisierung!

Um dieses Ziel zu erreichen, um die arbeitenden Massen aus dem Elend zu erlösen, müßt Ihr jede Regierung zum Teufel jagen, die gegen die Arbeiterklasse regiert, gleichgültig, ob sie mit sozialdemokratischer Linde angestrichen ist oder nicht.

Nur eine Regierung der Arbeiterklasse, nur die Herrschaft der Werttätigen kann das Klassenprogramm, das Rettungsprogramm der werttätigen Massen durchführen.

Die monarchistische schwarz-rot-goldene Republik ist die unerbittliche Diktatur der Bourgeoisie. Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, Sturz des Kapitalismus, Aufrichtung der proletarischen Herrschaft — das ist das Ziel, für das die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Parlamente kämpfen. Für dieses Ziel sitzen 7000 revolutionäre Arbeiter in den Zuchthäusern der Ebertrepublik. Für dieses Ziel werden 62 kommunistische Abgeordnete von den Epigonen der sozialdemokratischen Volksgesprächseltern durch das „freie“ Deutschland gejagt. Für dieses Ziel sind Tausende der besten deutschen Proletarier in den Tod gegangen und dieser Kampf ist allein die Rettung aus dem Elend der werttätigen Massen in Stadt und Land.

Sechs Jahre demokratische Republik, sechs Jahre Kämpfe und Niederlagen, sechs Jahre Enttäuschungen haben den arbeitenden Massen in Deutschland die Lehre eingeprägt, daß sie alles verlieren, wenn sie mit der Bourgeoisie paktieren. Die Notverordnungen sind verloren. Der Achtstundentag ist tot. Niedrigere Löhne als in der Kriegszeit, wachsende Arbeitslosigkeit, wachsende Kurzarbeit, schwere Steuern, die auf die Schultern der armen Bauern und der Industriearbeiter drücken; die Teuerung, die seit der Annahme des Londoner Paktes täglich zunimmt, das sind die ersten Auswirkungen des

Stabilisierungsschwindels.

Um die Bourgeoisie zu stürzen, um die Arbeiterklasse zu befreien, müssen sich die Massen heute um die KPD sammeln zum Kampfe gegen die Durchführung des Pariser-Vertrages zum Kampfe für die Sicherstellung ihrer Existenz!

Wenn die Bürgerlichen und Sozialdemokraten von „gerechter Lastenverteilung“ sprechen, dann meinen sie Abwälzung aller Lasten auf die Beschäftigten. Wer der Bourgeoisie die Abwälzung der Lasten auf die Arbeiterklasse erleichtern will, der wählt

am 7. Dezember bürgerlich oder sozialdemokratisch. Wer am 7. Dezember zeigen will, daß die arbeitenden Massen den Kampf um ihre elementaren Lebensforderungen aufnehmen wollen, der demonstriert am 7. Dezember

gegen die Betriebsstilllegungen, gegen alle die Arbeiter und armen Bauern bedrückenden Steuern (Lohnabzug, Miefsteuer, Steuer auf Genossenschaften), gegen die Schutzzölle, gegen den Belagerungszustand, gegen die Verbote der Arbeiterpresse, gegen die Entartung der revolutionären Proletarier gegen das Kapital und die Bourgeoisie, für den Achtstundentag, für höhere Löhne,

für Einreihung der Erwerbslosen in die Betriebe, für Erhöhung der Unterstützungen für Erwerbslose, Kriegs- und Arbeitsrentner, für Beschaffung von Land, Düngemitteln, Saatgut, Maschinen für arme Bauern, Pächter und Siedler, für den Sturz der Bourgeoisie, für die Uebergabe aller Produktionsmittel in die Hände des arbeitenden Volkes, für die Aufrichtung der Herrschaft der Werktätigen, für das Bündnis mit Sowjetrußland!

Eure Wahl am 7. Dezember muß ein Bekenntnis zum revolutionären Befreiungskampfe sein, indem jeder seine Stimme gibt

der einzigen Arbeiterpartei Deutschlands, der Kommunistischen Partei!

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationale).

Sinowjews Brief — eine Fälschung.

Prüfung und Genugtuung verlangt.

(Eigener Drahtbericht.)

Moskau, 28. Oktober.

Pitwinow richtete an Kadowski folgendes Telegramm:

Indem die Käterregierung auf dem Boden der wiederholten Erklärungen steht, daß sie für Schritt der Komintern keine Verantwortung trägt, erklärt sie, daß sie den Tod und die finanzielle Krise der englischen Räte außer acht läßt. Die Käterregierung ist in der Lage, in kategorischer Form zu erklären, daß der angebliche Brief der Komintern, der die Grundlage der erwähnten ultimativen Note Englands bildet, eine unterzeichnete Fälschung darstellt, welche herbeiführen soll, daß das günstige Verhältnis der Sowjet-Regierung mit England abgebrochen wird, nach welcher die Sühnigung des englisch-russischen Vertrages erreicht werden soll. Ingeheim dieser öffentlichen Fälschung des Dokumentes besteht die Käterregierung darauf, daß sie entsprechende Genugtuung erteilt, daß die an der Fälschung beteiligten Personen zur Verantwortung gezogen werden, um jeden Zweifel an dem Charakter der Fälschung zu beseitigen. Angesichts der ersten Folgen, die die Fälschung für beide Staaten auf sich haben konnte, fordert die Käterregierung, daß die Feststellung der Tatsache, daß der sogenannte Brief der Komintern eine Fälschung sei, vor einem unabhängigen Schiedsgericht erfolgt.

Moskau, 28. Oktober.

Sinowjew richtete an den Generalsekretär der englischen Gewerkschaften folgendes Telegramm:

Der sogenannte Brief des Sekretärs der Komintern, den ich angeblich unterschrieben habe, stellt eine grobe Fälschung dar. Die Fälschung ist so grob, daß jeder nur ein wenig gebildete Mensch des englischen Ansehens sie auf den ersten Blick feststellen konnte. Es ist völlig klar, daß mit diesem sogenannten Brief ein Wahlmanöver beabsichtigt ist. Der Generalsekretär möge eine spezielle Kommission oder eine Delegation nach der Sowjetunion entsenden, welche untersucht, ob die Dokumente gefälscht oder wahr seien.

London, 28. Oktober.

Der Vorstand der Labour-Party der englischen Arbeiterpartei veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, daß die entscheidende Haltung der Regierung besteht, daß sie nicht unter kommunistischem Einfluß steht (1). Die Partei ist entschlossen, die englischen Interessen auch jeder Richtung hin zu vertreten.

Das Wahlmanöver der englischen Regierung stellt ein abgekartetes Spiel zwischen der englischen Bourgeoisie und den englischen Sozialdemokraten dar. Während die Sozialdemokraten Freundschaft mit Rußland heucheln und für den russisch-englischen Vertrag Propaganda machen, legen sie heimlich Hände gegen die Sowjetmacht. Die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokraten beweist, daß international von der 2. Internationale der Angriff gegen Sowjetrußland vorbereitet wird und daß diese Arbeiterpartei hierbei nicht einmal vor Fälschungen zurückbleibt. Die mangelnde Sprache der Sowjetregierung wird die englischen Bourgeoisien erkennen lassen, daß die Proletariatsmacht nicht schuldlos vor sich reiben läßt.

Russischer Verrat.

Wir beschreiben bereits schon über den Wahlkampf der englischen Bourgeoisie, zum gefälligen Brief Sinowjews, dessen Schreiber selbst die bürgerliche „Daily Mail“ bezweifelt. Interessant ist, was an diesem gefälschten Brief die deutsche Sozialdemokratie für einen Verrat der Fälschung hält. („Bolschewik“ vom 27. Oktober). „Moskau fällt der englischen Arbeiterpartei in den Rücken“: 1. Die Anforderung an die englischen Arbeiter und Arbeiterlosen die Annahme des russisch-englischen Vertrages durchzuführen, eines Vertrages, den MacDonald selbst abgeschlossen hat. Das heißt, die Sozialdemokraten wollen gar nicht die Annahme des Vertrages.

Gemeinsame nationalistische Kriegsgedenkfeier von Reichshammer und Stahlhelm.

Nachher Prügelei.

„Wie wieder Krieg!“, schreien die Zeitungen, Flugblätter und Redner der Sozialdemokraten. Doch zu derselben Zeit feiern das sozialdemokratische Reichshammer und der deutschnationale, deutschvölkische Stahlhelm die Kriegsgedenkfeier vom 1914/18. Sonntag wurde in Breslau das Denkmal für die Gefallenen des Weltkrieges eingeweiht. Also ein nationaler Rummel, wie wir ihn im republikanischen „Wie wieder Krieg“ Deutschland fast täglich erleben. Gemeinsam nahmen Stahlhelm und Reichshammer an der Feier teil, ganz wie sie die Rede des Nationalisten entgegen. Erst beim Abmarsch entzweiten sich die beiden Nationalisten. Das Reichshammer wollte erst den Stahlhelm abmarschieren lassen, bevor es selber heimzog. Bei diesem Abmarsch kam es zu Prügeleien und Schießereien. Ein Reichshammermann wurde getötet.

Das Zentrum, das angeblich auf Seiten des Reichshammers gegen den Stahlhelm steht, lehnte kategorisch die Aufnahme des sozialdemokratischen Bezirks über die Gedenkfeier in sein Blatt ab. Das Zentrum sympathisiert aber stärker mit den offenen Nationalisten des Stahlhelms als mit den nationalistic verbrühten reaktionären Proletariern des Reichshammers.

Die Berichte über das Zusammengehen des Reichshammers mit dem Stahlhelm, den Unruhmännern und der Reaktion mehren sich. Das ist kein Zufall, sondern die natürliche Folge der sozialdemokratischen Politik. Eine militärische Organisation, die von vornherein aufgebaut ist auf das Zusammengehen der Arbeiter mit bürgerlichen Parteien, die nicht unterscheidet zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern zwischen „linker“ und „rechter“ Bourgeoisie, die nicht die proletarische Republik erobert, sondern die kapitalistische Republik schenken will, wird gezwungen, ob sie will oder nicht, ob es dem Einzelnen paßt oder nicht, mit allen denen zusammenzugehen, die den Kapitalismus verteidigen, gleichgültig, ob diese Verteidiger die gegenwärtige republikanische Staatsform billigen oder verwerfen.

Der proletarische Reichshammermann muß lernen, hinter diese bloßen Formeln „Republik“ und „Monarchie“ zu sehen und zu erkennen, welcher Klasseninhalt sich dahinter verbirgt. Dann wird er das kapitalistische Schwarz-rot-goldene Reichshammer verlasen und dem proletarischen roten Frontkämpferbund beitreten.

2. Die Verbrüderung des Kommunismus in den englischen Kolonien. Das heißt, die Sozialdemokraten sind für die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft.

3. Die Bildung von kommunistischen Zellen in englischen Heer, um, im Falle der Kriegsgefahr, die militärischen Kriegsvorbereitungen der Bürger zu leiten. Die Parole der Sozialdemokraten „Wie wieder Krieg“ ist demnach eitel Heuchelei.

Die Kommunisten sind, nach der „Bolschewik“, wieder einmal „Zutreiber der Reaktion“, weil sie 1. für den russisch-englischen Vertrag, 2. gegen die Kolonialherrschaft, 3. gegen

Morgans Befehl an Herriot:

„Keine Anerkennung Sowjetrußlands“

Morgan, der jetzt in Paris weilt, um mit der französischen Regierung wegen einer Zollvereinbarung zu verhandeln, machte Herriot's erste Botschaften wegen der bevorstehenden französischen Anerkennung der Sowjetregierung. Der Wunsch, daß Herriot die Anerkennungsnote trotz des Beschlusses der Rußlandkommission noch nicht abgeschickt hat, ist auf Morgans zurückzuführen. Morgan erklärte, daß die Genehmigung der Ratifikation von der Verbrüderung der Anerkennung Rußlands abhängig gemacht wurde.

Insam wieder bezeichnen die Kapitalisten durch ihren unzulässigen Haß gegen Sowjetrußland, daß Rußland ein Proletariatsland ist. Der „Link“ Herriot, dem die französische und deutsche Sozialdemokraten Jubelstimmen jünger, beugt sich dem Antikommunisten Morgans.

Lohnerhöhung in der Schuhindustrie abgelehnt.

Breslau, 28. Oktober.

Die vom Zentralvorstand der Schuhmacher geforderte Lohnerhöhung von 15 Pfg. pro Stunde, wurde vom Fabrikantenverband abgelehnt, neue Verhandlungen wurden als nutzlos abgelehnt.

Die vorgeführte und die nicht vorgeführte Internationale.

Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten.

Paul Levi war in Breslau. Er sprach hinter verschlossenen Türen in einer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung. Ueber die Diskussionen in dieser Mitgliederversammlung ist also nichts an die Öffentlichkeit gekommen. Paul Levi ist bekanntlich ein „Linker“, dessen ganze Linkheit darin besteht, daß er aus manchen richtigen Erkenntnissen falsche Konsequenzen zieht. Er geht auf das härteste die 2. Internationale, das Vorgehen der Internationale in Georgien, in Moskau usw. und entlarvt die 2. Internationale als Unterrepräsentanten des englischen Imperialismus. Die Konsequenz seiner politischen Erkenntnis ist die Fort mit dem Eise der Exekutive der 2. Internationale aus London nach — — — — —

Siehe ungeheuerliche Forderung hat die Gemüter der 2. Internationale und der KPD erhitzt. Die „Bolschewik“ „Bolschewik“ läßt jetzt ein: Randow aus London, den ehemaligen Terroristen Friedrich Adler, auffahren, um zu beweisen, daß die 2. Internationale keine imperialistische, sondern eine purpurrote, sozialistische Internationale ist. Denn unter MacDonalds Herrschaft hat nach Friedrich Adler der englische Imperialismus seine Macht im Innern „nur“ erhalten, nicht ausgedehnt. Paul Levis scharfes Auge dagegen hat durch genaues Studium der Landkarte entdeckt, daß die englischen Truppen mehrere Kilometer ins Perseumland Moskau vorgeführt sind. Die welterschütternde Diskussion der 2. Internationale ist entbrannt. Der Streit dreht sich um die Frage: Ist er vorgeführt? Ist er nicht vorgeführt? Ist er vorgeführt? Ist er nicht vorgeführt?

Abraham ist einmal den ganzen Streit belächelt. Neumen wir an, unter MacDonald habe der englische Imperialismus seine Macht im Innern und Neupern „nur“ gehalten. Warum? So werden die Arbeiter fragen. Adler antwortet:

Macdonald hat außenpolitisch und innenpolitisch nichts gegen den englischen Imperialismus unternommen, aber das ist nicht seine Schuld, denn er war außenpolitisch zu schwach und er war innenpolitisch zu schwach.

Oder um mit Levis eigenen Worten sagen:

Wenn diese Regierung sich nicht von vornherein jede Möglichkeit der Wirksamkeit, ja ihre Existenz überhaupt abschneiden wollte, konnte sie gar nichts anderes tun, als in allen Fragen der Kolonialbeziehungen einfach den Status quo, wie ihn der britische Imperialismus der bürgerlichen Klassen geschaffen, vollständig unangefastet zu lassen und die Lösung dieser Fragen auf einen Zeitpunkt zu verschieben, wo die Arbeiterklasse mit wirklicher Macht als Mehrheit im englischen Parlament die Herrschaft ergreifen wird. In dieselbe Kategorie, wie die Fragen der Kolonien, gehören für die englische Arbeiterregierung die Frage der Staatsform, wie vor allem alle Fragen der Bewirtschaftung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Arbeiter werden fragen, wozu brauchen wir eine zweite Internationale und eine Arbeiterregierung, die sich immer zu schwach fühlt.

Die richtige Antwort lautet: Nicht in der Stärke der Imperialisten, liegt die Schwäche der Arbeiterregierung, sondern umgekehrt, in der Schwäche der sogenannten Arbeiterregierung liegt die Stärke der Imperialisten begründet.

Die Diskussion über die Frage, weitergeführt oder nicht weitergeführt, muß wie das Hornberger Schießen verlaufen. Sie soll die Tatsache verdeutlichen, daß der englische Imperialismus auch ohne „vorgeführt“, auch ohne neue Annehmungen bereits Hunderte von Millionen Kolonialsklaven verflacht, daß er ein Kolonialgebiet unterdrückt, das 20 mal so groß ist, als das englische Mutterland und daß MacDonald mit seinen Kolonialsklaven nicht besser umgeht, wie seine konservativen Vorfahren. Wenn Paul Levi einmal richtig die Silberbeule der 2. Internationale aufgeschoben hätte, so wäre der Streit und Druck herausgekommen. So aber gibt es nur eine mehr oder weniger einseitige Diskussion, die, wie die „Bolschewik“ schreibt, im Wahlkampf auch besser unterbleiben sollte. Paul Levi und Friedrich Adler sind dieselben Knechte der Bourgeoisie.

Alle Partei-, Jugendgenossen und Genossinnen, welche sich zu der am 7. November stattfindenden politischen Rede zur Verfassung stellen wollen, haben am Dienstag, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr in der Matroskavia pünktlich zur Rede zu erscheinen. grz. Ortsleitung

Zur nächsten Tage der Partei.

Wir können ohne Frage sagen, daß die Partei noch nie so...

Die innere Durchbildung der Partei bedarf sehr in unseren...

Die Umkehrung auf Betriebszellen hat Fortschritte gemacht...

Distussion.

Gen. P. spricht über die Organisation des Kampfes gegen die...

Die Parteizelle ist jetzt als Widerstandsorganisation auf-

Gegen die Versuche der Rechten, Uneinigkeit in der Partei...

Bericht des Bezirks Thüringen.

Das große Resultat des 5. Weltkongresses die Schaffung...

Bericht des Bezirks Hamburg.

Seit dem letzten A. A. hat sich die Situation international...

Bericht des Bezirks Ostpreußen.

Im Ruhrgebiet leben wir eine Annäherung der deutschen...

Die Kämpfe werden nicht länger auf sich warten lassen...

Bericht des Bezirks Ostpreußen.

Der Kampf wird nicht länger auf sich warten lassen...

Ein Mitglied der Zentrale.

Die Sozialdemokraten waren sich einstimmig über den...

Bericht des Bezirks Ostpreußen.

Die sozialdemokratische Partei gegen den Voranschritt...

treten in keine Bürgerkriegs-Regierung darstellt. Unsere...

Bericht des Bezirks Ostpreußen.

Bei dem Schwere um die Negativbildung haben die...

Die Gefahr daß die SPD durch eine Scheinopposition...

Bericht des Bezirks Ostpreußen.

In unserem Bezirk haben wir sehr viel mit der Passivität...

Schluss der Sonnabendtagung.

2. Verhandlungstag Sonntag, den 19. Oktober

Fortsetzung der Distussion.

Bericht des Bezirks Rhein-Saar.

Eine größere Bedeutung müssen wir dem Problem der...

Bericht der Jugendorganisation.

Unsere Verluste bei den obersteilischen Wahlen sind vor...

Mitglied der Zentrale.

In dem Mittelpunkt unserer Politik steht der internationale...

Genosse M.

(Sticht um Verlesung der Redezeit auf 20 Minuten, was...

Genosse E.

Genossen M. ist es nicht gelungen zu zeigen, daß unser...

Mitglied der Zentrale.

Deutschland bleibt weiterhin ein offenkundiger Faktor...

Bericht des Bezirks Ostpreußen.

Die Zahlen am 1. Mai lauten unter dem Einfluss der...

Bericht der Jugend.

Wird nicht mehr über die internationale Lage. In einzelnen...

Bericht des Bezirks Ostpreußen.

Die Zahl der Absentisten in unserem Bezirk ist so groß...

Mäßigung bekommen durch die linken Sozialdemokraten...

Bericht des Bezirks Berlin-Brandenburg.

Man hat uns die größten Gefahren bei der Durchführung...

Bericht der Gewerkschaftsabteilung.

beardnet ausschließlich die von der Zentrale vorgeschlagene...

Bericht des Bezirks Niederrhein.

schilbert die Lage im Bezirk und tritt dafür ein, daß nähere...

Bericht der Gewerkschaftsredaktion.

Mit dem Eintritt in die Gewerkschaften sind unsere Mit-

Bericht der Betriebszellenabteilung.

Die Bildung der Betriebszellen ist keine Angelegenheit...

Bericht der „Internationalen“.

Spricht über die Organisation der theoretischen Durch-

Schlusswort des Vertreters der Zentrale.

Nur werbe nur auf die wesentlichen Punkte der Distussion...

Wie stark ist heute unsere Partei?

Wir haben ungefähr ebensoviel Abonnenten wie im Herbst...

Das Auftreten der linken SPD ist ein ernstes...

Die Versuche der Rechten sind von dem Zentralaus-

Die Anträge der Terminverförmung für die Organisierung...

Mit der Betriebsratfrage wird die Zentrale sich...

Genossen ich komme zum Schluss. Der Zentralaus-

Wir haben in der Aufgabe der Durcharbeitung...

Die politische Resolution muß die Resolution zur Lage...

Bei der Abstimmung über die Gewerkschaftsrefe-

Breslau

Achtung! Probe 218.

Mittwoch, den 29. Oktober, bei Dardach!

1. Bild 7 Uhr
2. " 8 "
3. " 9 "

Alle im Vorverkauf abgesetzten Marken müssen sofort abgerechnet werden.

Edo Fimmen und seine Stellung zu Sowjetrußland.

Edo Fimmen ist bekanntlich kein Kommunist, kein „Moskauer“, sondern der Generalsekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Er steht auf dem linken Flügel Amsterdams und sympathisiert mit den Kommunisten. Für die Sozialdemokraten ist das Grund genug, um alle seine Äußerungen und Ansichten einfach totzuschweigen.

Um sich ein objektives, unparteiisches Urteil über Rußland zu bilden, fuhr Edo Fimmen auf eigene Kosten hin und hat alle Betriebe, Betriebsversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen usw. ohne Sowjetbegleitung besucht. Selbst angenommen, die Sozialdemokraten hätten den Generalsekretär ihrer eigenen Gewerkschaftsinternationale für einen Trottel oder Demagogen oder sonst etwas, so wären sie doch verpflichtet, seine Ansichten wörtlich mitzuteilen, das Recht der eigenen Kritik bleibt ihnen ja noch immer vorbehalten. Aber die „Volkswacht“ und die anderen SPD-Organen haben eine solche Furcht vor der Wahrheit, daß sie es nicht wagen, auch nur eine Zeile von dem zu berichten, was sogar das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, von Fimmen gebracht hat. Statt dessen bringen diese Leute allerlei Phantasien über die angebliche Weisheit Fimmens von den Bolschewiki.

Wir betonen noch einmal: Fimmen ist kein kleines politisches Kind, das groß gepöppelt werden muß. Er ist ein Führer von Amsterdam. Solange sich die „Volkswacht“ scheut, ihn selbst sprechen zu lassen, solange sie andere über ihn erzählen läßt, zeigt sie, daß sie die Wahrheit verschweigen will und muß.

Es erübrigt sich, noch einmal auf die Fragen der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ einzugehen, einer Partei, die nur im Ausland Mitglieder besitzt, die einzig und allein in deutschen Cafés ihre „Mitgliederversammlungen“ abhalten.

Die Äußerungen des Sozialismus — bei den anderen.

Ist es nicht eigenartig, mit welcher Bewußtlosigkeit die deutschen Sozialdemokraten darauf achten, daß der Sozialismus unangefastet bleibt — in Sowjetrußland? In Rußland besteht ein Außenhandelsmonopol, das heißt, keine Ware darf von einer Privatperson ein- oder ausgeführt werden, dieses Recht hat allein die Sowjetregierung. Durch das Außenhandelsmonopol ist die Sowjetmacht imstande, die Aus- und Einfuhr von Waren nicht nach dem Profitinteresse einzelner Personen, sondern nach den Interessen der Volkswirtschaft zu regeln. Die deutsche Republik kannte in ihren besten Jahren, wenn man damit die Jahre der Regierung der Volksbeauftragten bezeichnen will, kein Außenhandelsmonopol. In Deutschland wird Getreide ausgeführt, während das Volk verhungert, Schuhe, Kleider, Wäscheartikel usw. werden den Auslandskapital verkauft, während die Arbeiter in Lumpen herumlaufen.

Und diese selben Sozialdemokraten, die in sechs Jahren Demokratie nicht imstande waren, ein Außenhandelsmonopol überhaupt zu schaffen, greifen Rußland an, weil es nicht etwa das Außenhandelsmonopol durchbrochen hat, sondern weil es beabsichtigt, es zu tun.

Da es sich jedoch nur um Vermutungen der „Volkswacht“ handelt, ersparen wir uns eine eingehende Kritik.

Wo gehen wir hin?

So haben gestern alle SPD-Angestellten und Beamten gedächelt, zur Gedenkeier der Brigade Hoffmann oder in die Angestelltenversammlung unserer Partei. Die Parteimitglieder schienen sich für den Monarchistenummel entschieden zu haben, denn in der „Neuen Börse“ hatten sich um den abgebauten Dr. Herz kaum 150 Leute versammelt.

Dr. Herz hielt ein „lachliches“ Referat und versuchte, tücher Lupe zu demonstrieren. Wenn die Politik mit der Lage Deutschlands und seine Zukunft unter sozialdemokratischen und Wünschen gemacht würde, hätten wir bald — zwar nicht den Sozialismus, aber das „Friedensreich“ ohne Sozialismus.

Daß, daß Dr. Herz die gute Zukunft versprach, forderte er von den Anwesenden, nur den Stimmgelb der SPD zum 7. Dezember. Die Anwesenden, über ihre leichte Aufgabe sichtlich erfreut, lauchten Beifall.

**Heute abends 7 1/2 Uhr, Bratislawia, Mauritianusplatz:
Alle Breslauer Genossen zur Probe
für die Revolutionsfeier, am 7. November.**

Unserem Genossen Glück auf gab man in der Diskusstunde 10 Minuten Redezeit (warum wohl?) Er gab an konkreten Vorweisen ein Bild der Niedertätigkeit und des ständigen Verrats der SPD. Die heutige Lage ist das Spiegelbild sozialdemokratischer Politik. (Beifall.)

Der Vorsitzende unterbrach unseren Genossen schon nach 8 Minuten, da er anscheinend zu lächlich wurde.

Im Schlusswort hatte Dr. Herz freies Spiel und das „lachliche Herz“ entpuppte sich als „demagogischer Verstand“.

Der Polizeipräsident

hat die „Freundlichkeit“, uns seine Mitteilungen, daß der schon gestern von uns wiedergegebene Runderlaf des Minister Sevesing (SPD) nicht etwa falsch verstanden wird. Er schreibt:

„Die in der Presse wiedergegebenen Nachrichten von der Aufhebung der Ausnahmebestimmungen betr. das Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel (Wortlaut vom 28. Februar 1924 usw.) haben zum Teil eine irrtümliche Auffassung der jetzigen Rechtslage bewirkt, als das Publikum die Beibehaltung des amtlichen preussischen Preisdienstes zur politischen Sicherung der Wahlvorbereitungen und Wahlen übersehen hat.“

Der Preussische Minister des Innern hat gleichzeitig auf Grund seiner Verfügung vom 24. Juli 1923 bis zum Wahltage (7. Dezember 1924) das Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel für Preußen aufrechterhalten.

Zwischenhandlungen gegen das Verbot werden von der Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung verhindert werden.“

Wir haben schon einmal gesagt, die Arbeiter wissen selbst, was sie zu tun und zu lassen haben. Sie danken Herrn Polizeipräsidenten für seine „wohlwollende“ Aufmerksamkeit.

Aus der Geschäftswelt

Wir machen unsere Leser auf das günstige Angebot in Ruß aufmerksam, welches die Firma „Prebau“ im heutigen Inseratenteil bringt. Unsere Leser erhalten beim Einkauf nach Vorzeigen der letzten Abonnementquittung weitere 10 Prozent Rabatt.

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belle, Breslau; Korrektor: Artur Müller, Breslau; Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. S. m. b. H., Breslau. Druck: Neuvag-Verlag, Filiale Breslau.

Theater

Mittwoch, 29. 10. 1924.
Stadttheater
„Der Hofkapellmeister“
Opernhaus
„Die Hermanns Ahnen“
Abend:
„Opacelina“
Theatertheater
„Der Ueberril“
Schauspielhaus
„Sergei Diaghilew“
Schauspielhaus
„Die drei Swift“
Schauspielhaus
„Der Humpelmann“

Lieblich-Theater

Täglich 8 Uhr
Gastspiel

Sigmund Breitbart

„Der Eisenkönig“
u. das große Oktoberprogramm

mit
Fiamette Hildegard
Deutschlands best. Tanzkünstlerin
Die drei Swift
Eine große Überraschung!
und die
internationalen Attraktionen.

Odertor-Lichtspiele

Weinstraße 53/55

1.17
Vollständig
bis Donnerstag

Der so vielfache
Wunsch
der erfolgreichste
Film aller Zeiten:

Rummelplatz
des Lebens
Das goldene Wien,
wie es weint, lacht
Tausende haben die
ses Prachtwerk noch
nicht gesehen, es
bietet sich ihnen
noch einmal, leider
nur — 8 Einzelscheine
Akt. — Das
humorvolle
Belprogramm.

Versammlungstender

Breslau, Mittwoch, den 27. Oktober,
abends 7.30 Uhr, Gurtstraße 6, außerordent-
liche wichtige Parteiversammlung. Gegenstand:
in Wärfen. Bitte um pünktliches Erscheinen.
Breslau, Donnerstag, den 28. Oktober, abends
7.30 Uhr, Gurtstraße 6, außerordentliche
wichtige Parteiversammlung. Gegenstand:
in Wärfen. Bitte um pünktliches Erscheinen.

Kommunistische Jugend

rel. Ortsgruppe, Dienstag, den 28. 10. abends
7.30 Uhr, am Gewerkschaftshaus, wichtige
Besprechung. Bitte um pünktliches Erscheinen.
— Freitag, den 29. 10. abends 7.30 Uhr,
Gewerkschaftshaus, Besprechung.
— Samstag, den 30. 10. abends 7.30 Uhr,
Gewerkschaftshaus, Besprechung.
— Sonntag, den 31. 10. abends 7.30 Uhr,
Gewerkschaftshaus, Besprechung.
— Montag, den 1. 11. abends 7.30 Uhr,
Gewerkschaftshaus, Besprechung.

Umtl. Bekanntmachung

von Nieder-Hermsdorf.

Auf Grund der bestehenden Polizeiverordnung vom 1. 11. 1922 über das Meldewesen ist jede in der hiesigen Gemeinde zu- oder umziehende Person verpflichtet, sich innerhalb 6 Tagen anzumelden. Diese Meldepflicht ist jedoch in letzter Zeit vielfach vernachlässigt worden.

Für Vermeidung von Bestrafung liegt es im Interesse jedes einzelnen, die unterlassenen Meldungen so ordnungsgemäß nachzuholen. Dies ist schon deshalb dringend erforderlich, um bei der Aufstellung der Wahllisten für die bevorstehenden Wahlen Unregelmäßigkeiten zu vermeiden.

Nieder-Hermsdorf, 22. Okt. 1924.
Der Amtsvorsteher.

Welches Gutachten gibt der Arbeiter, um den Staatskarren aus dem kapitalistischen Sumpf zu ziehen?

Lest das
Arbeitergutachten!
Preis 10 Pfg.

Buchhandlung der
Produktiv-Genossenschaft
für die Provinz Schlesien
Breslau, Trebnitzer Str. 50

Waldenburg-Altwasser

Bahnhofs-Drogerie
H. HELLMANN
Altwasser
Drogen, Farben, Chemikalien
Seifen und Parfümerien

Papierhaus
FRITZ GRUHN
Sandstraße 3

Paul Hiltman
Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 164
empfiehlt seine
Polster- u. Lederwaren
Eigene Werkstatt

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-
Bekleidung

Photographie
Rudi Mai
Rathausplatz 10
Anfertigung von erstklassigen
Aufnahmen u. Vergrößerungen

F. Heir.
Sindermann
Altwasser
Charlottenbrunner
Straße Nr. 24
Weiß-, Woll- u.
Schulwaren

Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus
Maschinen-Reparatur-Werkstatt
Kolbe & Guder
Ober-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 152
Telephon 711

Karl Otto
Altwasser
Charlottenbrunner
Straße 53
Arbeitsschuhe
Ledersohlen
und Schnell-
besohlenstall

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
Alleinverkauf der Firma
Lomis Mosberg, Bielefeld

Kolonialwaren
Zigarren und Zigaretten
empfiehlt
Georg Sindermann
Altwasser, Breslauer Straße 58

Kaufhaus
Max Holzer
Waldenburg
Friedländer Straße 10

Reserviert

Paul Brauner, Warenhandlung
Waldenburg-Altwasser
Breslauer Straße Nr. 60
Jeder Raucher probiere meine Rauchwaren
Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn,
Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel